



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses
am Montag, 18.02.2013

Ort: Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:36 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Howe, Carl-Wilhelm - Bü90

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Schubert, Hans-Jürgen - Bü90

Eymer, Burkhard - CDU

Freitag, Dirk - CDU

Goldschmidt, Nico - FDP

Vertretung für: Herrn Rathcke,
Thomas

Lötsch, Christopher - CDU

Pluschkell, Ulrich - SPD

Quirder, Harald - SPD

Siebrat, Ulrike - SPD

Vertretung für: Herrn Hiller, Reinhold

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Brock, Ulrich - CDU

Förster, Ilsabe - SPD

Klüssendorf, Tim - SPD

Mewes, Anne - SPD

Michaelis, Jens - LINKE

Stüttgen, Tim - LINKE

Beratendes Mitglied

Heitmann, Marion - Freie Wähler

Rosenbohm, Dieter - BfL

Verwaltung

Boden, Franz-Peter - FB 5 - Planen und Bauen
Bunk, Dennis - - GMHL
Klotz, Stefan - - Stadtgrün und Verkehr
Schröder, Karsten - - Stadtplanung
Koch, Hilmar - - Stadtgrün und Verkehr
Maurer, Michaela - - Stadtgrün und Verkehr
Rolcke, Jutta - - Stadtgrün und Verkehr
Selk, Achim - - Stadtplanung ab TOP 8.1/ 11.2
Weber, Wolfgang - - Stadtplanung
Strätz, Claus - - Wirtschaft und Liegenschaften
Klemm, Ludwig - - Vorsitz Personalrat
Langentepe, Marc - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Zeuner, Heinz- Dieter - - Personalrat FB 5

Gäste

Geweke, Birgit - - Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Nur ÖT
Priour, Oliver - CDU Nur ÖT
Schönherr, Robert - - DIE LINKE Nur ÖT
Stomprowski, Boris - - Rechtsanwalt Nur TOP 8.1/ 11.2

Sonstige Personen

Bade, Erika - - stellv. Behindertenbeauftragte Nur ÖT
Behrens, Manfred - - Behindertenrat Nur ÖT
Maertens, Gerd - - Seniorenbeirat Nur ÖT
Zander, Klaus- Dieter - - Seniorenbeirat Nur ÖT

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Hiller, Reinhold - SPD abwesend
Rathcke, Thomas - FDP abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Allgemeiner Teil
 - 1.1. Feststellung der Beschlußfähigkeit
 - 1.2. Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung
 - 1.3. Niederschriften, öffentlich vom 04.02.2013
2. Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3. sonstige Beschlussvorlagen
 - 3.1. Nachbesetzung Gestaltungs- und Welterbebeirat
4. Mitteilungen und Berichte
 - 4.1. Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 4.2. sonstige Mitteilungen und Berichte
 - 4.2.1. Entwicklung des Stadthausgrundstückes am Lübecker Markt und Rahmenbedingungen für eine Neubebauung
 - 4.2.2. Verkehrsführung während der Baumaßnahme "Ausbau Knotenpunkt K 16 / Untertrave / Kanalstraße" im Bereich des zukünftigen Hansemuseums (5.660)

hier: ergänzende Informationen gemäß Beschluss des Bauausschusses am 14.01.2013
 - 4.3. Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
 - 4.4. Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5. Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
 - 5.1. Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
 - 5.2. Neue Anfragen
 - 5.3. Anträge

- 5.3.1. Straßenbenennung nach Peter Fechter; Auftrag aus der Bürgerschaft, VO/2013/00177
 - 5.3.2. Sanierung Padelügger Weg; Auftrag aus der Bürgerschaft vom 31.01.2013, VO/2013/00191
 - 5.3.3. Sanierung Padelügger Weg; Auftrag aus der Bürgerschaft vom 31.01.2013, VO/2013/00181
13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Allgemeiner Teil

TOP 1.1 Feststellung der Beschlußfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und nimmt die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten gem. § 46 Abs. 6 GO vor und führt folgende Mitgliedervertreter in ihr Amt ein: Herrn Nico Goldschmidt

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden.

TOP 1.2 Anträge und Beschlußfassung zur Tagesordnung

Die Verwaltung bittet um Absetzung des folgenden TOP:

4.2.3 Sanierung Schultoiletten Sitzung der Bürgerschaft am 30.08.2012 zu Punkt 4.16 Drs. Nr. 908, Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und DIE LINKE

Herr Quirder beantragt die gemeinsame Behandlung der folgenden TOP:

8.1.1 Beginn von Planungen und Ausschreibungen für Mängelbeseitigungsarbeiten an der Eric-Warburg-Brücke

und

11.2 Vergleichsweise Beendigung eines Rechtsstreits betr. die Errichtung der Nordtangente, Eric-Warburg-Brücke

Der Bauausschuss beschließt die Tagesordnung mit den Änderungen unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen und Berichte sowie die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP - wie von der Verwaltung vorgeschlagen einstimmig.

TOP 1.3 Niederschriften, öffentlich vom 04.02.2013

Herr Löttsch merkt zu TOP 1.3 (Niederschrift vom 14.01.2013) an, dort stehe, wie auch in der entsprechenden Sitzung seitens der Verwaltung geschildert, dass die Verwaltung keinen Vorschlag für einen ersatzlosen Abriss der Brücke gemacht habe.

Herr Löttsch verweist auf die dahingehende Pressemitteilung der Hansestadt Lübeck, in welcher die Aussage getroffen wird, dass eine dauerhafte Sperrung der Brücke Reecke für den Kfz-Verkehr erfolgt und ein Ersatzneubau aus Kostengründen derzeit nicht vorgesehen ist. Demnach habe es sehr wohl einen solchen Vorschlag seitens der Verwaltung gegeben und er bittet dahingehend um Klärung und ggf. um Änderung im Protokoll.

Herr Quirder merkt an, dass bei den anwesenden Personen im NÖT Herr Iwers und Frau Stadthaus-Panissié von der BfL nicht aufgeführt sind.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift einstimmig.

TOP 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

TOP 3 sonstige Beschlussvorlagen

TOP 3.1 Nachbesetzung Gestaltungs- und Welterbebeirat

Beschlussvorlage:

Gem. § 2 der GO für den Gestaltungsbeirat wird in Abstimmung mit dem Architektur Forum Lübeck/BDA als Nachfolger für Herrn Carsten Lorenzen folgendes Mitglied neu berufen:

Herr Zvonko Turkali

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu beschließen.

TOP 4 Mitteilungen und Berichte

TOP 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

TOP 4.2 sonstige Mitteilungen und Berichte

Sachstand Reeckebrücke:

Herr Senator Boden teilt mit, das Ministerium habe einer wohlwollenden Prüfung einer Beteiligung aufgrund des Schüler- und Radverkehrs zugesagt. Ferner habe der Landrat, Herr Klaus Plöger, mitgeteilt, dass sich der Kreis Stormarn grundsätzlich für die Wiederherstellung bzw. den Neubau der Brücke ausspreche. Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck habe den Auftrag eine „schlanke“ Brücke zu planen, um die Kosten usw. abschätzen zu können. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung der Politik bis zur Märzbürgerschaft am 21.03.2013 einen entsprechenden Deckungsvorschlag präsentieren könne und hofft, dass bis dahin auch belastbare Zahlen aus Kiel und Stormarn vorliegen. Der Bauausschuss und der FIPA würden entsprechend vorab informiert werden.

Weiterhin sei derzeit der Anliegerverkehr auf der Reecker Seite mit Tempo 20 und die Brücke für den Fuß- und Radverkehr freigegeben.

Auf Nachfrage von Herrn Schubert und Herrn Howe, ob somit mit der konkreten Planung begonnen werde, merkt Herr Senator Boden an, dass zur Kostenermittlung natürlich überlegt werden müsse, um was für eine Art von Brücke (Breite, Bauweise usw.) es sich handelt, jedoch sei man mit diesen Überlegungen dann noch nicht in eine Brückenplanung im klassischen Sinne eingestiegen. Diese Vorprüfung diene in erster Linie der Aufstellung einer Kostenschätzung. Im Anschluss beginne dann die klassische Planung.

Herr Stüttgen erkundigt sich, ob die neue „schlanke“ Brücke auch für Kfz-Verkehr geeignet sein würde.

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass derzeit eine einspurige Brücke angedacht sei, auf der sich der Kfz-Verkehr und der Fuß- und Radverkehr aber problemlos begegnen können. Eine Ausnahme würden breite landwirtschaftliche Fahrzeuge darstellen.

Auf Nachfrage von Herrn Howe, ob die Brückenplanung extern vergeben werde, teilt Herr Senator Boden mit, dass lediglich die Vorplanung intern erfolge.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.1 Entwicklung des Stadthausgrundstückes am Lübecker Markt und Rahmenbedingungen für eine Neubebauung

Herr Dr. Brock verweist auf Seite 3 des Berichtes (Vermarktungsbemühungen seit 2005) und bittet um Skizzierung des stadtinternen Konfliktes zum Denkmalschutz und um Information über die Hintergründe der entsprechenden Diskussion.

Herr Weber bestätigt, dass es hierzu gemeinsame Überlegungen der Stadtplanungen und des Denkmalschutzes gegeben hat. Das Ergebnis dieser Überlegungen war die Erhaltung des Denkmalschutzes für den Rathaus Hof.

Herr Dr. Brock merkt an, dem entgegen stehe die s. E. für Lübeck als Weltkulturerbe nicht unerhebliche Schaffung eines Ensembles, das der Beziehung zum Markt gerecht werde, weswegen sich ihm die Frage stelle, ob man in diesem Einzelfall nicht den Denkmalschutz im Rahmen der Abwägung und im Interesse einer städtebaulichen Weiterentwicklung durchbrechen könne.

Herr Weber teilt dazu mit, die Möglichkeit bestehe theoretisch, sei in der Praxis gerade an dieser, wie Herr Dr. Brock selbst gesagt habe, wichtigen Stelle, jedoch kaum durchsetzbar.

Herr Senator Boden merkt dazu ergänzend an, dass es sich hierbei um ein eingetragenes Denkmal handle und dies eine Hürde sei, die man nur dann überwinden könne, wenn man

etwas Vergleichbares an diese Stelle setzt. Dies könne man jedoch nur mit solchen Vorleistungen/ Angeboten erreichen, die das Risiko eingehen, sich mit dem bis dato vorhandenen zu messen. Dies sei auch eine lange Zeit versucht worden, jedoch hätten die vorhanden Interessenten Abstand genommen, weil ihnen die Vorinvestition in einen Entwurf, der am Ende möglicherweise nicht umgesetzt wird, zu hoch gewesen sei.

Eine Verständnisfrage seitens Herrn Stüttgen zu der Baugeschossfläche wird seitens Herrn Weber beantwortet.

Herr Schubert fragt nach wie die Aussage, „...die Dachlandschaft [ist] in einer zeitgemäßen Architektur- und städtebaulichen Sprache zu interpretieren.“, auf S. 4 zu verstehen sei und verweist dazu auf die Dachlandschaft des P&C-Gebäudes.

Herr Senator Boden stellt klar, dass die Dachlandschaft des P&C-Gebäudes für Lübeck keine zeitgemäße Architektur darstelle. Vielmehr ziele diese Aussage auf mögliche Baustoffe für ein „rotes“ Dach ab.

Herr Lötsch fragt nach wann mit einem Bericht zur Verlagerung der Toiletten zu rechnen sei. Weiterhin bittet er um Mitteilung auf welche Breite die Marktwiete genau reduziert werden solle.

Herr Quirder bittet um Textänderung hinsichtlich des letzten Satzes zum konkurrierenden Entwurfsverfahren (S. 4). Das Ergebnis des Gutachterverfahrens solle nicht die Grundlage für die Realisierungsplanung sein, sondern vielmehr in diese einfließen.

Herr Dr. Eymer spricht sich gegen diese Textänderung aus, da eine gewisse Bindung für den Bauherrn bestehen müsse.

Herr Schröder bestätigt die Aussage von Herrn Dr. Eymer und verweist darauf, dass sich im späteren B-Plan-Verfahren noch Raum für mögliche Änderungs-/ Ergänzungswünsche seitens der Politik biete.

Herr Pluschkell merkt an, dass er konform mit den Ausführungen von Herrn Schröder gehe, sich der Text nach Meinung der, der SPD-Fraktion angehörenden, Mitglieder des Bauausschusses jedoch genau gegenteilig lese. Das Ergebnis des Gutachterverfahrens entspreche der Lesart nach s. E. einer Vorfestlegung, aus der man in der späteren Planung nicht mehr herauskomme.

Herr Lötsch merkt dazu an, die der CDU-Fraktion angehörenden Mitglieder des Bauausschusses würden es unter den gegebenen Bedingungen begrüßen zunächst ein Ergebnis zu sehen, bevor eine B-Plan beschlossen werde, in welchem, wie von Herrn Pluschkell vorgeschlagen, stehe, dass bei der Planung die Gestaltungssatzung eingehalten werden muss.

Herr Lötsch erkundigt sich weiterhin wo die zu verlegenden Fahrradbügel hinkommen sollen und was mit dem im Wirtschaftsausschuss angekündigten Fragekatalog sei.

Herr Senator Boden führt aus, dass die Begrifflichkeiten, z.B. zeitgemäße Interpretation, dazu dienen sollen, dass sich die am Wettbewerb Beteiligten mit dem UNESCO-Weltkulturerbe und der vorhandenen Architektur (Rathaus etc.) auseinandersetzen müssen. Man könne nicht eins zu eins eine Gestaltungssatzung anwenden, die man bei besonderen Gebäuden weit interpretieren darf. Der Bericht sei lediglich ein Hinweis darauf, welche wichtigen Vorgaben in die Auslobung geschrieben werden.

Das Thema der WC-Anlagen befinde sich derzeit noch in der Diskussion. Nähere Informationen würden in einer der nächsten Sitzung vorgestellt werden. Das Thema der Fahrradbügel sei z. Zt. noch nicht geklärt, da man die Anzahl der zu verlagernden Fahrradbügel noch nicht ermittelt habe.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Eymer, teilt Herr Senator Boden mit, dass das voraussichtlich Hotel im Jahre 2015 fertig gestellt werden solle.

Herr Pluschkell bittet hinsichtlich des Gebäudevorsprungs um Berücksichtigung möglicher Verschattungen der Außengastronomie.

Herr Senator Boden sagt einer Prüfung zu.

Herr Pluschkell fragt nach, ob die Auslobung des Gutachterverfahrens dem Bauausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Herr Weber verweist auf das lfd. Verwaltungsgeschäft, jedoch sei die Beteiligung der Politik dahingehend sichergestellt, dass ein Mitglied des Bauausschusses im Preisgericht sein werde.

Herr Senator Boden teilt auf Nachfrage von Herrn Dr. Brock mit, dass der Abfahrtsverkehr

teil des Wettbewerbes sei und das derzeit keine anderen Ladennutzungen im EG vorgesehen seien.

Herr Quirder beantragt eine zehnminütige Beratungspause.

Herr Howe lässt über den Antrag abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag seitens Herrn Quirder zu.

Im Anschluss an die Beratungspause stellt Herr Pluschkell folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird gebeten, den Ausschreibungstext für das Gutachterverfahren (Entwurfsverfahren für einen Hotelneubau am Markt) dem Bauausschuss als Beschlussvorlage entgegenzubringen.“

Der Bauausschuss beschließt den vorab genannten Antrag einstimmig.

Beschlussvorschlag:

Den geplanten Verkauf des Grundstücks des ehemaligen Stadthauses vorbereitend sollen die Historie und die Rahmenbedingungen einer Neubebauung der Flächen dargelegt werden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.2.2 Verkehrsführung während der Baumaßnahme "Ausbau Knotenpunkt K 16 / Untertrave / Kanalstraße" im Bereich des zukünftigen Hansemuseums (5.660)

hier: ergänzende Informationen gemäß Beschluss des Bauausschusses am 14.01.2013

Herr Senator Boden weist vorab daraufhin, entgegen der sich im Umlauf befindenden Behauptung, führe die in zwei Bauabschnitte aufgeteilte Maßnahme an der Untertrave, nicht zu einer Verzögerung bei der Fertigstellung des Hansemuseums. Vielmehr sei die Maßnahme in Abstimmung mit dem Fortschritt des Museums geplant worden.

Herr Drever erläutert die geplante Maßnahme anhand einer kurzen visuellen Präsentation.

Er teilt mit, dass man die Maßnahme im Bereich zwischen der alten Fähre und dem Schuppen bis zum Hansetag im nächsten Jahr fertig stellen wolle. Man habe sich seitens der Verwaltung gefragt, wie man die Baumaßnahme mit der geringst möglichen Beeinträchtigung für den Straßenverkehr und die Anlieger durchführen könne und habe folgendes Ergebnis erarbeitet:

Es werde zunächst in einem 10-wöchigen, zweispurigen Bauabschnitt (Verkehr in beide Richtungen) der erste Teil der Maßnahme durchgeführt. Im Anschluss an diesen Bauabschnitt werde dann ein Einrichtungsverkehr eingerichtet, bei dem der Verkehr in einer drei Meter breiten Fahrspur vor dem Schuppen, auf dem im ersten Bauabschnitt neu gebauten Bereich, durch die Baustelle geführt werde. In diesem zweiten Bauabschnitt werde man dann den neuen Straßenquerschnitt komplett auskoffern und in einem Stück herstellen.

Herr Drever teilt weiterhin mit, dass es im Rahmen der Baustelleneinrichtung zu einem Wegfall von Parkplätzen kommen werde und veranschaulicht dies anhand des Bildmaterials. Aufgrund der gegebenen Umstände (Asphaltbauzeit bis zum Ende des Jahres) könne eine vollständige Fertigstellung der Maßnahme bis zum Hansetag nicht geschafft werden, jedoch könne der dargestellte Bereich bis zum Beginn der Rechtsabbiegerspur in die Kanalstraße bis zum nächsten Jahr (Hansetag) hergestellt werden.

Abschließend teilt Herr Drever mit, dass man mit der Maßnahme erst im Juni beginnen könne. Dies sei zum einen bedingt durch die Materiallieferzeiten und zum anderen dadurch, dass man nun nicht mehr in Vollsperrung arbeiten werde.

Herr Quirder bedankt sich zunächst für die Reaktion der Verwaltung auf die im Bauausschuss geäußerten Anregungen hinsichtlich der Vollsperrung und spricht sich für die

vorgestellte Variante aus. Weiterhin fragt er nach, ob man mit der Teilspernung der Untertrave in den Ferien liege.

Herr Dr. Klotz verweist auf den vorherigen 10-wöchigen Bauabschnitt und merkt an, dass die Teilspernung erst nach den Ferien erfolgen werde.

Im Anschluss veranschaulicht Herr Drever anhand des Bildmaterials zwei Umleitungsvarianten und spricht sich für die zweite Variante aus.

Auf Nachfrage von Herrn Goldschmidt und Herrn Stüttgen teilt Herr Drever mit, dass der erste Bauabschnitt bei einem 1-Weg-Betrieb 6 Wochen dauern würde und die Untertrave ein Verkehrsaufkommen von täglich 18.000 Kfz aufweisen würde.

Frau Geweke erkundigt sich, ob die Zufahrten zu den Rippenstraßen gesperrt würden.

Herr Drever merkt an, dass diese lediglich für die Zeit, in der man direkt an den Einmündungen arbeite, gesperrt werden. Es gebe aber entsprechende Umleitungen.

Frau Geweke verweist auf einen LN-Artikel (125 Parkplätze für Hansebesucher) und fragt nach, ob der unbewirtschaftete Parkraum für die Hansebesucher ausgebaut werde oder ob es sich dabei um separate Parkplätze handele.

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass es sich hierbei um die baurechtlich notwendigen Parkplätze handele und diese in Verlängerung des Parkhauses an der Kanalstraße geschaffen werden. Es handele sich dabei um zusätzliche Parkplätze.

Auf Nachfrage teilt Herr Senator Boden weiterhin mit, dass es keinen Ersatz für alle durch die Baustelleneinrichtung wegfallenden Parkplätze geben werde.

Auf Nachfrage von Herrn Rosenbohm teilt Herr Drever mit, dass es keine Asphaltbehelfsstraße vor dem Schuppen 9 geben werde.

Antrag:

Beratung im Bauausschuss am 14.01.2013 und Entscheidung im Finanz- und Personalausschuss am 16.01.2013: Die Verwaltung wurde gebeten, vor Beginn einer Ausschreibung dem Bauausschuss am 18.02.2013 alternative Verkehrskonzepte zur Umsetzung der Baumaßnahme vorzustellen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

TOP 4.4 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

TOP 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

TOP 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 KiTa in Schlutup (TOP 5.2.1, 04.02.2013) (Herr Lötsch)

Herr Lötsch merkt an, er habe die Verwaltung vor einiger Zeit darum gebeten, etwas zur KiTa in Schlutup zu berichten. Ihm sei damals zugesagt worden, dass berichtet werde, sobald sich etwas „akutes“ ergebe. Nun habe er der Zeitung entnommen, dass man dort bald anfangen könne zu bauen, weswegen er um Beantwortung seiner Anfrage bittet.

Antwort:

Herr Bunk teilt dazu mit, die KiTa in Schlutup sei kein Projekt, welches vom FB 5 (GMHL) betreut werde. Er erkläre sich jedoch gerne dazu bereit den aktuellen Sachstand in Erfahrung zu bringen und dem Ausschuss mitzuteilen.

Abschließende Antwort:

Die KiTa wird durch die Trave errichtet und danach an die HL vermietet.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.2 Sporthalle in Schlutup (TOP 5.2.2, 04.02.2013) (Herr Lötsch)

Herr Lötsch teilt mit, ihm sei berichtet worden, dass das Dach im vorderen Bereich noch immer undicht sei und bittet um eine entsprechende Mitteilung. Weiterhin bittet er um Mitteilung, ob eine Sperrung des anliegenden Fußweges noch immer notwendig sei.

Antwort:

Herr Bunk teilt mit, die angesprochene Leckage im vorderen Bereich des Daches, an dem im Übrigen noch gearbeitet werde, sei bereits behoben worden. Hinsichtlich der Sperrung des Fußweges verweist Herr Bunk auf die damalige Erklärung, dass dies im Rahmen der Baustellenerrichtung nicht anders möglich war. Zwar vermute er, dass sich der Sachverhalt nach wie vor so darstelle, jedoch werde er prüfen, ob eine Sperrung des Fußweges weiterhin nötig ist.

Abschließende Antwort:

Bedingt durch die laufenden Dachdeckungsarbeiten am Foyer muss der z. Zt. vorhandene Abstand des Bauzauns zur Baustelle zum Schutz von Passanten erhalten bleiben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.1.3 Sanierung Brandenbaumer Landstraße, hinterer Bereich (TOP 5.2.4, 14.01.2013) (Herr Lötsch)

Herr Lötsch merkt an, dass es zu dem hinteren Bereich der Brandenbaumer Landstraße die Aussage seitens der Verwaltung gegeben habe, dass diese dringend saniert werden müsse. Nun sei die Sanierung im Rahmen des Haushaltes nach hinten geschoben worden, weswegen er um Mitteilung bitte, ob es seitens der Verwaltung dazu eine neue Reaktion bzw. neues Wissen gebe.

Vorläufige Antwort:

Herr Dr. Klotz sagt eine entsprechende Info für eine der nächsten Sitzungen zu.

Antwort:

Das zuständige Sachgebiet 5.660.5-3 Verkehrsflächenbewirtschaftung hat die Anfrage und den Sachverhalt geprüft und gibt dazu folgende Stellungnahme: „Im hinteren Bereich der Brandenbaumer Landstraße wurde 2010 eine Deckschichtsanierung durchgeführt, die für die Verkehrsteilnehmer zu gleichen Gebrauchseigenschaften wie eine grundhafte Sanierung geführt hat. Der Zustand der Fahrbahn wird aber weiterhin und regelmäßig genau beobachtet. Im

Zuge der regelmäßigen Straßenunterhaltung werden weitere Verbesserungen vorgenommen (z.B. Durchführung von Rissverguss).
Eine grundhafte Sanierung des Straßenabschnittes ist zurzeit nicht zwingend erforderlich.“

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

- 5.1.4 Fertigstellung der Werbesatzung (TOP 5.2.1, 04.02.2013)** (Herr Rathcke)
Herr Rathcke merkt an, dass seitens der Verwaltung die Aussage getroffen worden sei, dass die Werbesatzung den Ausschussmitgliedern bis spätestens Frühjahr 2013 vorgelegt werde und fragt in diesem Zusammenhang nach, wann damit zu rechnen sei.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden teilt dazu mit, dass die Werbesatzung in Arbeit sei und dass man seitens der Verwaltung noch einen Auftrag zur graphischen Aufbereitung des Textes erteilt habe. Ein genaues Datum für die endgültige Fertigstellung der Werbesatzung werde er nachreichen.

Antwort:

Der Auftrag für ein Handbuch zur Visualisierung und Erläuterung der Satzung ist terminiert zum 31.03.2013, so dass nach diesem Termin der Satzungsentwurf mit entsprechender Erläuterung ins weitere Verfahren gegeben werden kann.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

- 5.1.5 Radweg „An den Schießständen“ (TOP 5.2.3, 14.01.2013)** (Herr Lötsch)
Herr Lötsch bittet um Mitteilung über den aktuellen Planungstand hinsichtlich des Radweges an der Straße „An den Schießständen“.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt dies für eine der nächsten Sitzungen zu.

Abschließende Antwort:

2008 – Vorplanungen aus den Jahren 1999 (An den Schießständen) und 2001 (Kirschenallee) wurden aktualisiert.

2008 – September: Fördervoranfrage beim Land gestellt

Die **Förderfähigkeit wurde mit Schreiben vom 17.07.2009 anerkannt** und die beiden Abschnitte des Bauvorhabens (Kirschenallee von Wesloer Landstraße bis Heiweg und An den Schießständen von Heiweg bis Brandenbaumer Landstraße) aufgrund der Verkehrsbedeutung in das Förderprogramm des Landes für den kommunalen Straßenbau eingestellt. Der Hauptantrag auf Gewährung einer Zuwendung ist noch zu stellen. Hierfür ist dem Land eine vollständige Straßenentwurfsplanung (Leistungsphase 3) vorzulegen.

2010 – Februar: Erstellung einer Haushaltungsunterlage Bau („HU-Bau“)

2011 – Mai: Planungsauftrag an das Ing.-Büro TSM (Rathausstraße 2, 24103 Kiel)

=> FiPA-Beschluss vom 04.05.2011: Vergabe von Ing.-Leistungen zur weiteren Planung (LP 3-6 HOAI) zum Ausbau der K19 an das Ing.-Büro TSM.
=> damaliges Ziel: Leistungserbringung bis Sommer 2012

Da sich im Laufe des Jahres aufgrund der Haushaltssituation herausstellte, dass die erforderlichen Bauinvestitionskosten in 2012 und möglicherweise auch 2013 nicht zur Verfügung stehen werden, wurde die Planung gestoppt.

2013 – Februar: aktueller Stand

Planungsleistungen ruhen, da seitens der Entwurfsabteilung auf Grund des Personalnotstandes keine Projektbegleitung mehr erfolgen kann.

Mit der Entwurfsbearbeitung wurde durch das beauftragte Büro nur teilweise begonnen. Nächstes Planungsziel wäre mit der Entwurfsplanung die Einreichung eines Förderantrages gem. GVFG/ FAG beim Land.

Für den Abschnitt Kirschenallee (zwischen Heiweg und der Wesloer Landstraße) ist im Zuge der Straßenbaumaßnahme die Verbreiterung des Bahnübergangs zwischen Haselnussweg und Wesloer Landstraße (Bahnstrecke Lübeck Hbf – Schlutup) einschl. der Umrüstung der technischen Sicherung des Bahnübergangs auf Halbschranken erforderlich. Hierfür sind der Abschluss einer Kreuzungsvereinbarung sowie Planungsabstimmungen mit der DB Netz AG notwendig, die erfahrungsgemäß mindestens ein Jahr in Anspruch nehmen werden.

Im aktuell von der Bürgerschaft beschlossenen Haushalt, der noch vom Innenminister freigegeben werden muss, sind für 2013 Planungsmittel in Höhe von 100.000 Euro sowie im Investitionsprogramm für die Jahre 2014 bis 2016 für die gesamte Maßnahme insgesamt 3.820.000 Euro eingestellt.

Sollte sich die Personalsituation nicht kurzfristig durch Stellenbesetzungen verbessern lassen, ist es unwahrscheinlich, dass mit der Baumaßnahme in 2014 begonnen werden kann. Die Situation wird sich durch den altersbedingten Weggang eines weiteren Mitarbeiters Mitte 2013 sogar noch verschärfen. Die Maßnahme wird dann in die Folgejahre verschoben werden müssen.

Ob dadurch die Förderung der Maßnahme gem. GVFG/FAG in Gefahr gerät, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden.

Ergänzende Anfrage:

Herr Lötsch merkt an, er entnehme der Antwort auf seine Anfrage, dass im Jahre 2011 die extern vergebene Planung gestoppt wurde, weil die Haushaltslage bereits absehbar war. Er fragt in diesem Zusammenhang nach, inwieweit die Planung damals schon erbracht worden war und ob das Auftragsverhältnis weiterhin bestehe. Wenn dies weiterhin bestehen sollte, so stelle sich für ihn die Frage, ob man den Auftrag, auch wenn seitens der Verwaltung kein Personal zu Verfügung stehe, wieder freigeben könne.

Abschließende Antwort:

Herr Dr. Klotz merkt an, dass die Erledigung irgendwo zwischen Leistungsphase 3 und 6 stehen geblieben sei. Es sei aber auch so, dass das Auftragsverhältnis bestehe und man eine Reaktivierung verwaltungsintern prüfen werde, insbesondere da man die Maßnahme das Förderungsverhältnis betreffend voranbringen wolle. Allerdings sei eine Betreuung externer Planer immer mit städtischen Personalkapazitäten verbunden, die derzeit nicht bestünden.

Ergänzende Anfrage:

Herr Quirder erkundigt sich über die Auswirkungen einer weiteren Verschiebung der Maßnahme, Bezug nehmend auf die Förderfähigkeit.

Weiterhin fragt Herr Dr. Brock nach, ob sich die Situation so darstelle, dass ein personeller Mangel die Verwaltung an der weiteren Bearbeitung der Maßnahme hindere. Wenn dies der Fall ist, so bittet er um Prüfung der Einstellung eines Bauherrenvertreters bzw. einer entsprechenden temporären Arbeitskraft.

Abschließende Antwort:

Zu der Nachfrage von Herrn Quirder teilt Herr Dr. Klotz mit, dass dies zu einem Wegfall der Förderfähigkeit führen könnte, man dies jedoch erst dann genau beurteilen könne, wenn ein entsprechender Förderantrag eingereicht wird.

Hinsichtlich der Nachfrage von Herrn Dr. Brock bestätigen Herr Senator Boden und Herr Dr. Klotz die Hinderung durch mangelnde Personalkapazitäten.

Herr Senator Boden merkt ergänzend an, man habe seitens der Verwaltung schon öfter auf temporäre Arbeitsverhältnisse zurückgegriffen und werde dies auch in diesem Fall prüfen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Spielplatz Böckmannweg (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell bittet um einen Bericht der Verwaltung über die Situation am Spielplatz Böckmannweg, insbesondere über die Einschätzung der Verwaltung hinsichtlich der aktuellen und künftigen Nutzung sowie der daraus abzuleitenden Erhaltung und Ausgestaltung dieses Spielplatzes.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

5.2.2 Lkw's auf dem Meesenplatz (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell merkt an, dass dort immer wieder Lkw parken würden. Diese beschädigen zum einen den Parkplatz und zum anderen würden diese (+ Anhänger usw.) die für die Anlieger gedachten Parkplätze blockieren. Er fragt nach, wie sich diese Situation aus Sicht der Verwaltung darstelle.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zu.

5.2.3 Gebiet Wallstraße, Teilstück zwischen Salzspeicher und Wendekopf Höhe Dankwartsbrücke; Anfrage von Herrn Stetefeld, TOP 6.2.1, 06.06.2011 (TOP 5.2.9, 04.02.2013) (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell fragt nach, wann mit einer Beantwortung der Anfrage zu rechnen sei.

Vorläufige Antwort:

Herr Dr. Klotz merkt an, die Angelegenheit werde derzeit bearbeitet und eine Antwort werde so schnell wie möglich geliefert. Dies könne in einer der nächsten Sitzungen sein.

5.2.4 IKEA-Bistro an der Trave (Herr Schubert)

Herr Schubert verweist auf ein Schreiben der europäischen Union aus dem Herbst 2012 und bittet um Mitteilung wie seitens der Verwaltung darauf eingegangen bzw. damit verfahren werde. Weiterhin bittet er um Mitteilung, ob eine überarbeitete Planung in Aussicht stehe (Zwischenstand).

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine Klärung zu.

5.2.5 Aufstellen einer Bank zwischen Rangenberg und Kücknitz (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell bittet um Prüfung hinsichtlich des Aufstellens einer Bank in o. g. Bereich. Er merkt an, es würde im Grunde schon genügen, wenn die Verwaltung die Genehmigung zum Aufstellen einer solchen Bank erteilen würde.

Vorläufige Antwort:

Herr Senator Boden sagt eine entsprechende Prüfung zu.

TOP 5.3 Anträge

TOP 5.3.1 Straßenbenennung nach Peter Fechter; Auftrag aus der Bürgerschaft, VO/2013/00177

Herr Howe lässt über den Antrag abstimmen.

Der Bauausschuss nimmt Antrag einstimmig an.

Herr Dr. Klotz teilt dazu mit, dass der Name bereits in die entsprechende Namensliste aufgenommen wurde und diese dem Bauausschuss wie gewohnt im April vorgelegt werde.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, das erste Maueropfer „Peter Fechter“ in die Liste der Namensvorschläge zur Ehrung von Personen aufzunehmen.

Der Bauausschuss nimmt die Erledigung des Antrags zur Kenntnis.

TOP 5.3.2 Sanierung Padelügger Weg; Auftrag aus der Bürgerschaft vom 31.01.2013, VO/2013/00191

Der Bauausschuss verabredet einstimmig eine gemeinsame Behandlung der TOP 5.3.2 und

5.3.3.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten zu veranlassen, dass die Baumaßnahme „Sanierung des Padelügger Wegs“ zur Beschleunigung der Baumaßnahme und damit zur Reduzierung von Vollsperrungen und Einschränkungen soweit möglich von Beginn der Baumaßnahme an im 3-Schichten Betrieb erfolgt. Darüber hinaus soll der Beginn der Baumaßnahme „Sanierung des Padelügger Wegs“ bis zur Fertigstellung und Freigabe der K13 verschoben werden. Deutliche Zusatzkosten sind in jedem Fall zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss betrachtet den Antrag im Rahmen der Berichtserstattung seitens der Verwaltung als erledigt.

TOP 5.3.3 Sanierung Padelügger Weg; Auftrag aus der Bürgerschaft vom 31.01.2013, VO/2013/00181

Herr Dr. Klotz teilt vorab mit, dass Herr Sommerburg (Landesbetriebe) bislang leider verhindert ist, da er sich derzeit noch bei einem ähnlichen Termin in Ratzeburg befinde. Er werde aber schnellstmöglich kommen und ggf. noch an der Beratung teilnehmen.

Herr Dr. Klotz verteilt ein Folienhandout und weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine umfangreiche Maßnahme handele, welche die grundhafte Sanierung vieler Verkehrsflächen einschließe.

Hinsichtlich der Brücke teilt Herr Dr. Klotz mit, dass diese nun nach 46 Jahren, auch aufgrund der hohen Verkehrsbelastung, rund um erneuert werden müsse. Er verweist auf die Aussage von Frau Lüht (Landesbetrieb) vom 31.01.2013 und merkt an, dass diese Maßnahme keinen Aufschub duldet und noch in diesem Jahr durchgeführt werden muss. Daher sei auch eine vorherige Fertigstellung der K 13 in diesem Jahr sowie die Verschiebung der Straßensanierungsmaßnahmen in das Jahr 2014 nur indirekt von Bedeutung.

Herr Dr. Klotz nimmt eine Kurzbeschreibung der Maßnahme und deren Inhalte (Erneuerung d. Belag, Verstärkung d. Bauwerks) sowie eine Erläuterung des Planungsprozesses vor (s. *Anlage*).

Herr Freitag fragt nach, ob eine Abstimmung mit dem Kreis Stormarn (z.B. Hamberge) erfolgt sei.

Herr Dr. Klotz bestätigt dies.

Herr Howe erkundigt sich über das Ergebnis des von Herrn Dr. Klotz erwähnten Gespräches am 15.02.2013 bei der IHK.

Herr Dr. Klotz teilt dazu mit, dass Frau Maurer das Ergebnis gleich vorstellen werde. Es seien fünf verschiedene Varianten geprüft worden, wobei die Verwaltung, insbesondere aufgrund der zwingenden Brückensanierung durch den Landesbetrieb in diesem Jahr, an der bereits vorgestellten Variante, mit kleinen Optimierungen, festhalte.

Frau Maurer stellt die verschiedenen Varianten anhand der folgenden Untergliederung grundlegend und dezidiert vor:

- 1.) Definition der betroffenen Personengruppen
- 2.) Definition der zu untersuchenden Kriterien
- 3.) Beschreibung der Kriterien
- 4.) Bewertung der Varianten (Scoring-Modell)
- 5.) Beispiel
- 6.) Ergebnis

(s. *Anhang*).

Frau Maurer fasst abschließend zusammen, dass die Variante 1 die am Besten geeignete ist, da diese der Variante 5 gegenüber weniger Mehrkosten und eine geringere Betroffenheit aufweise.

Herr Freitag fragt nach, wie es um die Anwendung eines 3-Schicht-Betriebes stehe.

Herr Dr. Klotz teilt mit, dass die Baufirma die dahingehenden Kosten so kurzfristig nicht benennen konnte, jedoch hätte ein 3-Schicht-Betrieb, aufgrund des Brückenbaus, keine Beschleunigung der Maßnahme zur Folge.

Herr Koch fügt ergänzend an, dass ein 3-Schicht-Betrieb zu einer deutlich höheren Lärmbelastung für die Anlieger führen würde.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten zu berichten, welche finanziellen Auswirkungen und Beeinträchtigungen für die AnwohnerInnen die Durchführung der Baumaßnahme „Sanierung des Padelügger Wegs“ im Drei-Schichten-Betrieb hätte.

Abstimmungsergebnis:

Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an und betrachtet diesen nach dem Bericht der Verwaltung einstimmig als erledigt.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 19. März 2013

Carl Howe
Vorsitz

Herr Patrik Jaacks
Protokollführung